

Opposition der Jugend als Herausforderung unserer Gesellschaft

I

Plädoyer für Denkpause und Analyse

Venn man vom äußeren Erscheinungsbild ausgeht, haben die Jugend- und Studentenunruhen in den letzten Monaten an Heftigkeit nachgelassen. Es wäre aber völlig verkehrt, aus dieser Entwicklung die Schlußfolgerung zu ziehen, die Bundesrepublik habe jetzt die Phase der durch einen Teil der Jugend ausgelösten Unruhen überwunden. Das widerspräche ja auch jeder Logik, denn die *Ursachen* der Unruhen sind ja inzwischen in keiner Weise beseitigt worden; es ist noch nicht einmal ernsthaft damit begonnen worden. Die verantwortlichen Politiker in allen Bereichen haben also keine Chance, zur Tagesordnung überzugehen.

Logischerweise ist während der Unruhen selbst, ganz allgemein und auf allen Seiten, das Denken — damit meine ich die Erarbeitung von Analysen über die Ursachen und Formen der Unruhen und die Entwicklung von politischen Konzeptionen zur Bekämpfung der Ursachen — viel zu kurzgekommen. Das muß von den politisch Verantwortlichen jetzt nachgeholt werden. Sie müssen für die kritische Generation erkennbar — das bedeutet, in überzeugender Form — darangehen, Pläne zur Diskussion zu stellen und Maßnahmen einzuleiten, um politische Fehlentwicklungen in der Bundesrepublik und konkrete gesellschaftliche Mißstände zu bekämpfen. Tun sie es nicht, so provozieren sie Jugend- und Studentenunruhen viel größeren Ausmaßes als die bisher erlebten.

Aber nicht nur für die verantwortlichen Politiker, sondern auch für die opponierende Jugend empfiehlt sich eine entsprechende Denkpause. Sie sollte dem Vorschlag von *Heinrich Böll* folgen, einen oder zwei Monate in Klausur zu gehen, um sich andere, gewaltlose, aber wirksame Methoden zu überlegen.¹⁾ Diese Notwendigkeit scheinen einige der wichtigsten Wortführer der protestierenden Studenten erkannt zu haben. So erklärte z.B. *Daniel Cohn-Bendit* in London: „Wenn man sich in einem *circulus vitiosus* der Gewalt befindet, kann man nicht mehr heraus. Man kann nicht gleichzeitig kämpfen und denken.“²⁾ *Knut Nevermann* und *Niels Kadritzke* vertraten bereits im Mai des Jahres in einer grundsätzlichen Veröffentlichung, in der sie eine Bilanz über die Osterunruhen erstellten, den Standpunkt: „Aus der Phase der Provokation und des bloßen Unruhestiftens ist man endgültig heraus, die Phase einer langfristig konzipierten

1) It. Artikel „Keine Diffamierung“ i. d. „Welt der Arbeit“ vom 26. 4. 1968.

2) It. „Zeit“ Nr. 25 vom 21. 6. 1968.

Politik ist erreicht und erfordert neue Aktions- und Agitationsweisen, die in der kommenden Zeit in aller Schärfe und Offenheit durchdiskutiert werden müssen." ³⁾ Die Konsequenzen aus diesen im Prinzip richtigen theoretischen Überlegungen sind bisher nur sehr unzureichend gezogen worden.

Ich meine allerdings, daß auch der DGB und seine Gewerkschaften Anlaß zur Selbstkritik haben. Bis auf wenige Ausnahmen haben sich die Spitzenfunktionäre — wenn überhaupt — so nur zu Teilproblemen der Unruhen, wie z. B. zum Demonstrationsrecht oder über ihr Verhältnis zu den Gewerkschaftlichen Studentengruppen geäußert. Von einem so großen und einflußreichen gesellschaftlichen Verband müssen wir mehr erwarten. Der DGB mit seinen Gewerkschaften sollte, nachdem das bisher leider nicht geschehen ist, wenigstens jetzt eine umfassende Stellungnahme zu den Jugend- und Studentenunruhen — die gleichfalls aus einer Analyse des Geschehens und einer politischen Konzeption für die Zukunft besteht — erarbeiten und in der Öffentlichkeit zur Diskussion stellen. Mein Artikel versteht sich als Aufforderung und Diskussionsbeitrag für eine solche Aktivität.

II

Teilnehmerkreis und Engagierte bei den Protestaktionen

Besonders zu kritisieren ist, daß im Zusammenhang mit den Unruhen die Mehrzahl der Politiker und die meisten Massenkommunikationsmittel den Begriff „Jugend“ viel zu undifferenziert verwenden. Außerdem besteht keine einheitliche Auffassung darüber, welcher Kreis junger Menschen sich an den konkreten Protestaktionen beteiligt hat.

Bei jeder Analyse der Unruhen muß nach meiner Auffassung zumindest zwischen drei Gruppierungen junger Menschen unterschieden werden:

der — wenn man dabei die junge Generation in der Bundesrepublik insgesamt einbezieht — Mehrheit von Jugendlichen, die am politischen Geschehen weitgehend uninteressiert ist; der aktiven politischen Minderheit;

einem Kreis innerhalb der aktiven politischen Minderheit, der durch ausgefallene und bewußt provokative, zum Teil auch durch nicht vertretbare oder sogar ungesetzliche Aktionen besonders auffällt. Prof. *Kogon* nennt diesen Kreis „radikale Führungsminderheit“.

Natürlich sind die Grenzen zwischen der zweiten und dritten Gruppe fließend.

Ich habe die Proportionen bewußt unter Verzicht auf Zahlen aufgezeigt, denn neuere umfassende Untersuchungen über das politische Engagement der Jugend gibt es nicht; auf Untersuchungen, die ein Jahr oder noch wesentlich älter sind, wie z. B. auf den Jugendbericht der Bundesregierung, möchte ich mich nicht beziehen. Es müssen heute doch wohl berechtigte Bedenken angemeldet werden, ob dort genannte Zahlen jetzt noch stimmen.

Mit dieser notwendigen Differenzierung ist die Frage nach dem Teilnehmerkreis an konkreten Protestaktionen natürlich erst teilweise beantwortet. Fest steht lediglich, daß die erste Gruppierung — die politisch desinteressierte Mehrheit — daran so gut wie gar nicht beteiligt ist.

Die meisten Politiker und Bürger unseres Landes beruhigen sich nun mit der Feststellung, es sei ja nur eine kleine Minderheit von Jugendlichen, die protestiere; die offizielle Stellungnahme der Bundesregierung zu den Osterereignissen, die Innenminister *Benda* Ende April dieses Jahres im Bundestag abgab ⁴⁾, basierte z. B. auf dieser These.

³⁾ s. Artikel „Ostern 1968 und die Reaktion“ v. Knut Nevermann / Niels Kadritzke in „Blätter für deutsche und internationale Politik“ Nr. 5/68.

⁴⁾ siehe Protokoll über die 169. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 30. 4. 1968.

Nun will ich gern zugestehen, daß manche Bürger und Politiker die Minderheitentheese auch aus subjektiv anständigen Motiven vertreten; sie meinen, man könne ja nicht „die ganze Jugend“ für einzelne Randalierer verantwortlich machen. Auch diese Motive ändern aber nach meiner Auffassung nichts an der Tatsache, daß wir es hier mit einem entscheidenden Denkfehler zu tun haben, der zu einer falschen Beurteilung der Gesamtlage und damit u. U. zur Einleitung falscher Maßnahmen führt.

Jeder aufmerksame Beobachter des politischen und gesellschaftlichen Lebens weiß, daß sich nach den bisherigen Erfahrungen auch in Staaten mit demokratischer Struktur nur eine relativ kleine Minderheit der Bürger politisch engagiert. Noch geringer ist die Zahl derjenigen, die sich an konkreten politischen Aktionen — Unterschriftensammlungen, Aufrufen, Maikundgebungen usw. — beteiligen. Deshalb wird z. B. der Einfluß und Erfolg der politischen Parteien auch nicht an der Zahl der eingeschriebenen Mitglieder oder gar an der noch wesentlich geringeren Zahl der aktiven Funktionäre gemessen. Beurteilungskriterien sind vielmehr die Resonanz der Politik in der Öffentlichkeit und die Größe der Anhängerschaft. (Zahlenmäßig sind ja auch die politischen Parteien Minderheitenorganisationen.)

Es ist unlogisch und falsch, diese für die politischen Parteien geltenden Kriterien nicht auch auf die Jugend- und Studentenunruhen anzuwenden. Das ergibt nämlich eine veränderte Perspektive für deren Wertung. Die Zahlen über Jugendliche, die sich an konkreten Protestaktionen beteiligt haben, sind nicht unwichtig, aber letztlich von sekundärer Bedeutung. Genau wie bei den Parteien müssen wir zunächst die Frage nach der Resonanz der Aktionen in der Öffentlichkeit stellen. Diese Resonanz war und ist unbestritten sehr groß. Noch wesentlicher ist aber die zweite Feststellung: Wieviele Jugendliche solidarisieren sich mit den Forderungen der aktionsbereiten Minderheit? Dazu sind bereits im Februar dieses Jahres aufschlußreiche Zahlen im *Spiegel*⁵⁾ veröffentlicht worden; das Nachrichtenmagazin hatte eine repräsentative Blitzumfrage unter 2960 Berufsschülern, Schülern und Studenten im Alter zwischen 15 und 25 Jahren in Orten mit mehr als 15 000 Einwohnern durchführen lassen. Danach billigten 67 % der Jugendlichen und 74% der Studenten die Proteste und Demonstrationen; 58 % bzw. 67 % waren generell auch bereit, selbst mitzuprotestieren. Aus anderen Umfragen, auf die der FDP-Vorsitzende *Scheel* in der Jugenddebatte des Bundestages hinwies, ergibt sich, daß 80 % der Studenten der Auffassung sind, mit den Demonstrationen solle Unzufriedenheit und Unbehagen über die bestehende Gesellschaftsordnung als Ganzes zum Ausdruck gebracht werden.

In meiner Empfehlung einer differenzierten Anwendung des Begriffes Jugend habe ich selbst darauf hingewiesen, daß die Mehrheit der Jugendlichen in der Bundesrepublik politisch weitgehend uninteressiert ist. Daraus darf aber nicht die Schlußfolgerung gezogen werden, diese Jugendlichen seien mit den politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen dieses Landes (bewußt) einverstanden. Auch sie empfinden Unbehagen und Unzufriedenheit. Das drückt sich vordergründig oft in unpolitischen Formen des Protestes aus, wie z. B. durch eine besondere Kleidung, durch Mißtrauen gegenüber allen Autoritäten oder durch Abwendung von den gesellschaftlichen Normen durch Gammeln usw. Dieser zunächst unpolitische Protest kann durchaus in einen politischen Protest umschlagen. Die angeführten Zahlen verdeutlichen, daß eine solche Entwicklung im Ansatz bereits vorhanden ist. Sonst wäre es ja nicht möglich, daß 67 % der Jugendlichen die stattgefundenen Demonstrationen billigten.

Faßt man die in diesem Abschnitt aufgeführten Fakten und Überlegungen zusammen, so ergibt sich eindeutig, daß die Minderheitentheorie, wie sie von den meisten

5) „Der Spiegel“ Nr. 7 vom 12. 2. 1968.

Politikern vertreten wird, einer kritischen Prüfung nicht standhält. Kommt es in der Bundesrepublik nicht zu durchgreifenden Reformen, so wird der Solidarisierungsgrad zwischen der schon jetzt aktionsbereiten Minderheit und der ja überwiegend unruhigen und unzufriedenen Jugend wachsen.

III

Formen der Proteste

ivückblickend fällt auf, daß in der deutschen Öffentlichkeit in den letzten Monaten viel mehr über die Formen als über die Ursachen der Protestaktionen diskutiert worden ist.

Nicht gegenüber allen politisch-engagierten Jugendlichen, aber zwischen der radikalen Führungsminderheit und den führenden Politikern bestehen in der Frage der Methoden prinzipielle Meinungsunterschiede. So erklärte *Helmut Schmidt* in der Jugenddebatte des Bundestages am 30. 4. 1968: „Die Spielregeln müssen eingehalten werden. Wer das nicht aus eigener Einsicht will, der muß dazu notfalls mit den Mitteln, die das Gesetz dafür vorsieht, gezwungen werden.“ *Bernd Rabehl*, einer der studentischen Wortführer, begründet in dem inzwischen vieldiskutierten Taschenbuch „Rebellion der Studenten oder die neue Opposition“⁶⁾, warum die radikale Führungsminderheit nicht bereit ist, dieser Aufforderung des SPD-Fraktionsvorsitzenden nachzukommen. Er untersucht die Gründe für eine — aufgrund geschickter polizeilicher Taktik — erfolglose Protestaktion gegen den damaligen kongolesischen Ministerpräsidenten *Tschombe* in Berlin im Dezember 1964: „An diesem Tage hatte die linke Opposition viel gelernt. Angefangen damit, daß es offenbar nicht mehr genügte, Demonstrationen zu veranstalten, die in der Gesellschaft keinerlei Resonanz hinterließen oder als Störaktion bezahlter Agenten verdrängt werden konnten. Solche Demonstrationen überwand man nur, wenn man die ‚gesetzten‘ Spielregeln solch einer Demokratie durchbrach und dadurch Staatsexekutive, Parteien und Verbände zur Stellungnahme zwang, zur inhaltlichen Auseinandersetzung mit den Zielen der Demonstration.“

Hier handelt es sich um zwei konträre Auffassungen, zwischen denen wohl auch kein Kompromiß möglich ist. Helmut Schmidt nennt als unerläßliche Voraussetzung für Gespräche mit der opponierenden Jugend, daß sie die demokratischen Spielregeln einhält; Bernd Rabehl ist im Gegensatz dazu davon überzeugt, daß erst das bewußte Durchbrechen dieser Spielregeln dazu führt, daß überhaupt Gespräche über inhaltliche Forderungen der opponierenden Jugend geführt werden. In vielen Punkten hat die Praxis seine Auffassung leider bestätigt. Über die notwendige Universitätsreform und die Herabsetzung des Wahlalters ist z. B. in der Bundesrepublik nie gründlich und breit diskutiert worden, solange die politisch-engagierten Jugendlichen und Studenten ihre Meinung nur mit den „herkömmlichen“ Mitteln — Versammlungen, Resolutionen, Briefen an Abgeordnete usw. — vortragen. Die meisten führenden Politiker wirken deshalb unglaubwürdig, wenn sie gegenüber der Jugend die Forderung nach Rückkehr zu den „herkömmlichen“ Mitteln erheben; sie haben nämlich jahrelang nicht darauf reagiert.

Verständlicherweise ist eine besonders scharfe Diskussion über die Frage der Gewaltanwendung entbrannt. Hier sind zunächst einige Anmerkungen zur theoretischen Seite notwendig. Gerade in der jetzigen Situation ist es effektiv, generell jede Gewaltanwendung in der Politik abzulehnen. Es ist aber zugleich auch unglaubwürdig. Ich glaube, man muß Knut Nevermann und Niels Kadritzke zustimmen, wenn sie in ihrem bereits angeführten Artikel „Ostern 1968 und die Reaktion“ kritisieren, daß bei vielen Politikern und Zeitungen musterhafte Sentenzen vorherrschen, deren Schizophrenie gren-

6) „Rebellion der Studenten oder die neue Opposition“ mit Beiträgen von Bergmann, Dutschke, Lefevre u. Rabehl. Rowohlt-Taschenbuch-Verlag, Hamburg 1968, 185 S.

zenlos ist; dann zitieren die beiden Studenten solche Sentenzen: „Wir lehnen jede Gewaltanwendung ab; gegen Radikale muß mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln hart durchgegriffen werden. Gewaltlosigkeit — und; Wasserwerfer, Polizeiknüppel, Tränengas, Masseninhaftierungen. So ruft denn der Bundesinnenminister nach zentraler und effektiver Organisation für diesen massenhaften Einsatz harter staatlicher Gewalt, forciert die Notstandsgesetze — und hält *Martin Luther King* für sein Vorbild als Apostel der Gewaltlosigkeit.“ Auch Prof. *Eugen Kogon* hat sich in der am 29. 5. 1968 vom Deutschen Fernsehen ausgestrahlten Sendung „Rebellion der Jugend“⁷⁾ in überzeugender Form dagegen gewandt, nur ein Stück Gewalt aus der Kausalkette herauszugreifen und der Außerparlamentarischen Opposition einseitig die Schuld an schweren Mißachtungen des demokratischen Toleranzprinzips anzulasten. Er meint: „Besonders übel steht es einem Goliath an, dem David Gewaltlosigkeit zu predigen!“

Nevermann und Kadritzke setzen sich in ihrem Artikel mit der Frage des Unterschiedes von Gewaltanwendung gegen Sachen und gegen Personen auseinander. Sie zitieren dazu einen — ohne Gegenstimmen — gefaßten Beschluß der Außerparlamentarischen Opposition in Berlin, in dem es heißt:

„Prinzipiell ist unsere Praxis aufklärerisch und damit grundsätzlich gewaltfrei. — In Zwangssituation ist die Anwendung von Gegengewalt nur dann legitim, wenn von ihr Menschenleben nicht gefährdet werden. Gewalt gegen Menschen, außer bei Notwehr, lehnen wir ab. — Daraus aber folgt, daß auch symbolische Gegengewalt gegen Sachen nur dann wird stattfinden dürfen, wenn es als sicher anzusehen ist, daß Menschen nicht gefährdet werden ... Im Zweifel lehnen wir deshalb auch symbolische Gegengewalt gegen Sachen ab.“

Diese Erklärung verdeutlicht nach meiner Auffassung, daß sich auch die radikale Führungsminderheit unter der opponierenden Jugend sehr weitgehend bewußt ist, daß ihre Unterscheidung von Gewaltanwendung gegen Personen und gegen Sachen nur theoretischen Stellenwert hat. In der konkreten Verfassung, in der sich die Bundesrepublik z. Z. befindet, dient in der politischen Auseinandersetzung eine Eskalation der Gewaltanwendung keiner Seite und trägt auch nicht zur Lösung eines einzigen politischen Problems bei. Diese Einsicht müssen wir natürlich nicht nur von dem David „opponierende Jugend“ erwarten, sondern _in noch größerem Maße von dem „Goliath“ Polizei und Staat.

Es wäre eine gute Sache, wenn die Wortführer der opponierenden Jugendlichen und Studenten die notwendige Denkpause auch dazu benutzen würden, über die zukünftig anzuwendenden Methoden nachzudenken. Dabei sollten folgende Prinzipien eine Leitlinie bilden:

Der Zweck heiligt nicht die Mittel. Bestimmte Methoden der Auseinandersetzung sind einfach nicht zulässig, da sie das (richtige) politische Ziel diskreditieren. Der Kampf der politisch-engagierten Jugend für eine bessere Demokratie wird unglaubwürdig, wenn bei konkreten Protestaktionen — und sei es auch nur zeitweise — demokratische Rechte anderer Bürger und Andersdenkender verletzt oder gar außer Kraft gesetzt werden. Das fängt für mich schon damit an, daß man z. B. auf Protestveranstaltungen eingeladene Politiker nicht zu Wort kommen läßt, indem man sie durch Lärm daran hindert, sie lächerlich macht oder beleidigt.

Ausgehend davon sollte immer die Frage nach der Effektivität von Protestaktionen gestellt werden. Aktionen, die der Jugend in der Sache selbst nicht weiterhelfen, ihnen aber in der breiten Öffentlichkeit nichts als Antipathien eintragen, sind z. B. nicht effektiv. Dazu gehören auch solche Methoden, die eine Solidargemeinschaft und Aktionseinheit der politisch Gleichgesinnten verhindern.

Bei der Vorbereitung von Protestaktionen müssen von den Akteuren die tatsächlichen Möglichkeiten real eingeschätzt werden. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß Prof. *Jürgen Habermas* die Auffassung vertrat: „Die Fehleinschätzung der Situation macht die

7) „Rebellion der Jugend — Bestandsaufnahme“, gesendet im I. Programm des Deutschen Fernsehens am 29. 5. 1968. Der Text dieser 1½ -stündigen Sendung, die als Hearing gestaltet war, ist als Dokumentation in Nr. 7/68 der „Frankfurter Hefte“ veröffentlicht worden.

OPPOSITION DER JUGEND ALS HERAUSFORDERUNG UNSERER GESELLSCHAFT

aktivsten Teile der Studentenbewegung anscheinend unfähig, die Grenzen ihres Aktionsspielraums und den Charakter der verfügbaren Mittel zu erkennen." ⁸⁾

Bei der Formulierung von Texten für Transparente und Flugblätter sollten insbesondere die Studenten nach beiden Seiten hin bestimmte Grenzen beachten. Die Texte dürfen einerseits nicht so hochtrabend sein, daß sie z.B. von Arbeitern nicht verstanden werden; andererseits dürfen sie auch nicht fatal an geistlosen Bild-Zeitungs-Jargon erinnern.

Die Beachtung der hier aufgeführten Prinzipien bei der Festlegung von Formen für Aktionen würde der opponierenden Jugend mit Sicherheit dienen. Sie würden es den politisch Verantwortlichen dadurch nämlich ganz erheblich erschweren, durch bewußt ausgedehnte Methodenkritik der viel wichtigeren Ursachen-Diskussion auszuweichen.

IV

Gesellschaftliche und politische Ursachen der Proteste

Wer ein objektives Bild über die Ursachen der Jugend- und Studentenunruhen gewinnen will, kann natürlich nicht darauf verzichten, sich kritisch mit der gesellschaftspolitischen Wirklichkeit unseres Landes auseinanderzusetzen. Jeder Bürger, der sich dieser Mühe unterzieht, wird sehr schnell feststellen, daß es eine Vielzahl klar erkennbarer und ganz konkreter Mißstände sowie Fehlentwicklungen der Gesellschaft und Politik gibt, die zum Protest und Widerstand provozieren. Hier können nur einige wesentliche Punkte stichwortartig angesprochen werden.

Die Bundesrepublik hat seit ihrer Entstehung — und diese Entwicklung hat sich in den letzten Jahren entscheidend verstärkt — einen Restaurationsprozeß durchgemacht. Ein für jeden erkennbarer Beweis ist, daß es in unserem Land wieder eine rechtsradikale Partei gibt. Genauso ernst zu nehmen ist in diesem Zusammenhang die Veränderung in der Haltung der drei Bundestagsparteien, die glauben, auf eine gewisse national ausgerichtete Programmatik und Sprachregelung nicht mehr verzichten zu können. Das erinnert fatal an die Methode, den Beizebub mit dem Teufel austreiben zu wollen.

(Wer die hier kritisierte Entwicklung und das Wachsen der NPD über mehrere Jahre aufmerksam verfolgt hat, muß es übrigens sachlich unhaltbar und diffamierend nennen, für den Erfolg dieser rechtsradikalen Partei in Baden-Württemberg die Außerparlamentarische Opposition verantwortlich zu machen.)

Es entspricht einer inneren Logik, daß parallel zu diesem Restaurationsprozeß und als gewollter Gegenpol der Antikommunismus jahrelang bei uns großgeschrieben worden ist. Diese einseitige ideologische Ausrichtung hat Schwächen in unserer eigenen Gesellschaftsordnung verdeckt, die jetzt zutage treten. Außerdem ist sie ein Grund für die Erfolglosigkeit unserer bisherigen Deutschlandpolitik.

Entscheidend ist, daß es ja nicht nur nach dem Gefühl und der Beurteilung der opponierenden Jugend, sondern objektiv und tatsächlich in der Bundesrepublik keinen fortschreitenden und umfassenden Demokratisierungsprozeß und keinen durchgreifenden Reformwillen gibt. Ganz im Gegenteil: in wichtigen Bereichen müssen wir leider Rückentwicklungen verzeichnen. Man denke z. B. nur an die Aushöhlung unserer Verfassung durch die Verabschiedung der Notstandsgesetze. Bisher ist unsere Verfassung immer nur mit dem Ziel verändert worden, bestehende Rechte der Bürger einzuschränken. Das muß uns doch mißtrauisch machen.

Mit welcher Geisteshaltung nicht wenige führende Politiker bestehenden Verfassungsbestimmungen begegnen, möge ein Beispiel in einer Detailfrage verdeutlichen. Ende Juli dieses Jahres sprach sich der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, der CSU-

⁸⁾ „Scheinrevolution unter Handlungszwang“ — Prof. Jürgen Habermas über Fehldenken und Fehlverhalten der linken Studentenbewegung — in „Der Spiegel“ Nr. 24 vom 10. 6. 1968.

Bundestagsabgeordnete *Zimmermann*, dafür aus, das geltende Grundrecht auf Wehrdienstverweigerung einzuschränken, da die Zahl der Wehrdienstverweigerer in letzter Zeit in zu großer Zahl gewachsen sei. Das bedeutet doch im Klartext: Grundrechte können nur solange unverändert in Kraft bleiben, wie sie von den Bürgern nicht in Anspruch genommen werden. Eine solche Einstellung nenne ich zynisch; sie beweist letztlich ein gebrochenes Verhältnis zur Demokratie. Wie reagieren und regieren Politiker diesen Typs wohl erst, wenn sie eines Tages eine formale Möglichkeit zur Anwendung von Notstandsvollmachten sehen? Wer will uns noch einreden, bei Politikern wie z. B. *Strauß* und *Zimmermann* seien unsere Angst und unser Mißtrauen unberechtigt?

Für den mangelnden Reformwillen seien noch zwei gravierende Beispiele genannt. Die Arbeitgeber und die Mehrheit des Bundestages wehren sich konsequent gegen jede Ausweitung der qualifizierten Mitbestimmung. Sie müßten aber wissen, daß von einem wirklich demokratischen und sozialen Rechtsstaat, wie ihn unser Grundgesetz fordert, erst dann die Rede sein kann, wenn für jeden Bürger neben das politische das wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht getreten ist. Ferner: Wer einen Blick in unsere Schulen und Universitäten tut, muß glauben, noch im 19. Jahrhundert zu leben. Hier wird die Autorität von Ämtern und Institutionen, nicht von Personen, großgeschrieben und Anpassung, wenn nicht Unterwerfung verlangt. Wie lange wollen wir eigentlich unsere Gesellschaft berechtigt noch demokratisch nennen, wenn so entscheidende Bereiche, wie die Betriebe und die Bildungsstätten, nicht demokratisch, sondern hierarchisch und autoritär strukturiert sind?

Das Bild rundet sich durch die Feststellung, daß elementare Interessen der Jugendlichen in der Bundesrepublik seit Jahren — z. T. gröblich — durch die politische Verantwortlichen vernachlässigt worden sind. Das beweist u. a. ein Blick auf den Stand der Jugendgesetzgebung. Hier braucht man als Beispiele nur einige Gesetze aufzuzählen, die *nicht* verabschiedet worden sind: ein modernes Berufsausbildungsgesetz, ein wirksames Ausbildungsförderungsgesetz, Gesetzesnovellen zur Herabsetzung des Wahlalters und zur Reduzierung der Wehrdienstzeit und ein Gesetz über den bezahlten Bildungsurlaub. Dieser Katalog der Versäumnisse ließe sich beliebig ergänzen. Waren diese Gesetze unwichtiger und weniger dringlich als die Notstandsgesetze?

Bei diesem Stand der Dinge ist es nicht verwunderlich, daß die Mehrheit der opponierenden Jugend ein sehr distanziertes Verhältnis zu den politischen Parteien und Institutionen hat. Diese Jugendlichen glauben nach ihren bisherigen Erfahrungen einfach nicht mehr, daß von dort aus wirklicher Reformwille ausgehen kann. Konzessionen und Forderungen haben bisher in den Parlamenten und Regierungen nur diejenigen politischen Kräfte durchgesetzt, die Wählerstimmen organisieren können, wie z. B. die Vertriebenen- und Bauernverbände. Der massive Druck solcher Organisationen wird von den Politikern auch nicht prinzipiell kritisiert, sondern höchstens als unbequem, aber „in der pluralistischen Gesellschaft“ legal bezeichnet. Dagegen haben viele Politiker auch friedlich verlaufene Protestaktionen der opponierenden Jugend, die nicht mit einem Stimmpaket drohen kann, als „Druck der Straße“ abqualifiziert.

Sogar Innenminister Benda mußte in der Jugenddebatte des Bundestages am 30. 4. 1968 konstatieren, daß sich „ein erschreckender Autoritätsverlust der politischen Institutionen“ breitgemacht hat.

Diese kurze und unvollständige Analyse beweist, daß der Protest der politisch-engagierten Jugend nicht unberechtigt, sondern notwendig ist. Die Protestaktionen richten sich nicht gegen elementare Interessen der Bürger, sondern werden für diese geführt. Kein Bürger kann dieses Mal sagen, er sei nicht rechtzeitig davor gewarnt worden, daß die Bundesrepublik gesellschaftspolitisch in wesentlichen Punkten auf dem falschen Weg ist; er kann sich nicht mit erwünschter Bierruhe und gewollter Blindheit entschuldigen.

So gesehen ist es schon fast Satire, wenn *Rainer Barzel* in der oben genannten Bundestagsdebatte seine „progressive“ Politik unter das Leitmotiv stellte: „Uns hilft nur die Fortentwicklung des Bestehenden.“

V

Gewerkschaften und opponierende Jugend

Zunächst müssen wir nüchtern feststellen, daß ein Teil der opponierenden Jugend — das gilt insbesondere für die radikale Führungsminderheit — den Gewerkschaftsführungen kritisch gegenübersteht. So vertritt z. B. Bernd Rabehl in seinem Beitrag in dem Buch „Rebellion der Studenten oder die neue Opposition“ den Standpunkt, daß die Arbeitnehmerorganisationen völlig in das wirtschaftliche System der Bundesrepublik integriert seien; davon ausgehend meint er: „Es wird garantiert, daß die Löhne mit dem Steigen der Produktionskapazität, mit der Zuwachsrate erhöht werden, aber dafür müssen die Arbeiterorganisationen gewährleisten, daß keine zusätzlichen Lohnforderungen etc. gestellt und erst recht keine Streiks durchgeführt werden. Die Gewerkschaften werden zu Organen der Disziplinierung der Arbeiter. Die Abwehrkämpfe der Arbeiter in den einzelnen Betrieben und Branchen sind damit zunehmend nicht nur dem Druck des Managements und des Staatsapparates ausgesetzt, sondern auch dem Druck der oberen Gewerkschaftsbürokratie.“ Der SDS zieht daraus die Schlußfolgerung: „In Krisen werden Arbeiter und Angestellte die bürokratischen Reaktionen der Gewerkschaften mit der Bildung eigener Organisationen außerhalb der Parteien und Gewerkschaften beantworten.“⁹⁾ Der SDS strebt deshalb ein Bündnis mit den Arbeitnehmern — und zwar unter Ausschaltung der Gewerkschaften — an.

Die Gewerkschaften sollten — auch wenn sie die hier in Kurzfassung wiedergegebenen Überlegungen und die sich daraus ergebende Kritik als überspitzt oder völlig falsch einstufen — nicht mit Empfindlichkeit und mangelnder Gesprächsbereitschaft reagieren. Zunächst sollte untersucht werden, *warum* ein Teil der opponierenden Jugend den Gewerkschaften so kritisch gegenübersteht und ein solches Bild von deren Zielsetzung und Verfassung hat. Außerdem muß überprüft werden, ob die innergewerkschaftliche Demokratie in allen Bereichen ausreichend gewährleistet ist und ob die notwendige Gewerkschaftsbürokratie gegenüber der ehrenamtlichen Funktionärsschicht nicht allzuviel an Gewicht zugenommen hat. Als Gewerkschaften können wir nicht alle Welt zu Reformatoren und Umdenkungsprozessen auffordern, ohne uns selbst einer kritischen Analyse zu unterziehen.

Das Buch „Lästige Linke“ enthält eine Stellungnahme von *Otto Brenner*, in der es u. a. heißt: „Die Gewerkschaften muß man überall dort zur Außerparlamentarischen Opposition zählen, wo sie durch die Unvollkommenheit unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung dazu gezwungen werden, Angriffe abzuwehren, Forderungen zu stellen und Alternativen zu entwickeln, vor allem im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Von manchen Teilen der Außerparlamentarischen Opposition unterscheiden sich die Gewerkschaften dadurch, daß sie die parlamentarische Demokratie bejahen. . . . Nach meiner Auffassung hat die so notwendige außerparlamentarische Opposition überhaupt nur Aussicht auf Erfolg, wenn sie von großen Gruppen oder Organisationen, wie z. B. den Gewerkschaften, unterstützt wird, damit das Parlament sich auch mit ihren Anliegen beschäftigt.“

Ähnliche Gedanken vertritt Prof. *Habermas* in seinem bereits zitierten Artikel, wenn er die opponierende Jugend darauf hinweist: „Ohne Unterstützung durch Gruppen mit privilegierten Einflußchancen ist der Zugang zur breiten Öffentlichkeit, der von den

9) Zitiert aus dem Artikel „Die rebellischen Studenten — der SDS“, enthalten in dem Buch „Lästige Linke“ v. Otto Wilfert. Barbara Asche Verlag für politische Texte, Mainz 1968, 188 S.

Massenmedien kontrolliert wird, nicht zu gewinnen; ohne Unterstützung des Gewerkschaftsapparates kann das Mittel des politischen Streiks, das die Verfassung gegen einen Notstand von oben allein garantiert, nicht angewendet werden."

Die opponierende Jugend — insbesondere die radikale Führungsminderheit um den SDS — sollte die Argumente von Brenner und Habermas noch einmal sorgfältig durchdiskutieren. Ein Orientierungspunkt in der Diskussion muß dabei die Frage sein, wie die gesellschaftspolitische Wirklichkeit in der Bundesrepublik aussähe, wenn es in den letzten zwei Jahrzehnten keine Gewerkschaften gegeben hätte. Ich halte die Auffassung des SDS für illusionär und unrealistisch, in großem Umfang — denn sonst ist es ja nicht effektiv — eine Solidarisierung zwischen Arbeitnehmern und Studenten, *vorbei* an den Gewerkschaften, herbeiführen zu können. Es wird schon viel Mut und Einsatz von beiden Seiten dazugehören, eine solche Solidarisierung *zusammen* mit den Gewerkschaften zu realisieren. Der SDS und die radikale Führungsminderheit sollten darauf verzichten, Polaritäten um jeden Preis anzustreben. Es gibt eine Vielzahl konkreter politischer und gesellschaftlicher Fragen, in denen z. B. die Studenten und die Gewerkschaften zusammenarbeiten können. Das ist natürlich nur auf partnerschaftlicher Basis möglich. Dabei verstehe ich unter Partnerschaft nicht ein unkritisches Liebesverhältnis. Kommt es aber nicht zu dieser partnerschaftlichen Zusammenarbeit, dann dient das lediglich restaurativen politischen Kräften.

Für die Gewerkschaften gibt es im Zusammenhang mit den Jugend- und Studentenunruhen auch noch ein nach innen gerichtetes Problem. Eindeutig kommt ja ein Teil der opponierenden und demonstrierenden Jugend aus den eigenen Reihen. Eine traditionell demokratische Organisation sollte das begrüßen.

Im DGB sind in den vergangenen Jahren die Arbeits- und Einflußmöglichkeiten der Jugend nicht ausgeweitet, sondern beschnitten worden. Das geschah unter anderem durch die vieldiskutierten Sparmaßnahmen. Die DGB-Führungsorgane sollten kritisch prüfen, ob eine solche Politik in unserer Zeit klug und weitsichtig ist oder ob dadurch nicht ein letztlich für beide Seiten unfruchtbares Spannungsverhältnis zwischen Jung und Alt in den Gewerkschaften provoziert wird. Wenn man der Gewerkschaftsjugend freiwillig mehr Rechte und Einflußmöglichkeiten einräumt, so stärkt das die gegenseitige Vertrauensbasis und setzt Impulse frei. Ich will die Diskussion hier nicht vertiefen. Die Gewerkschaftsjugend selbst müßte solche Vorstellungen zunächst präzise formulieren und überzeugend vortragen. Das ist bisher nicht geschehen. Die im November dieses Jahres stattfindende DGB-Bundesjugendkonferenz muß darin eine ihrer wichtigsten Aufgaben sehen.

VI

Konsequenzen

Einige Konsequenzen, die in der jetzigen politischen Situation Politiker und opponierende Jugend ziehen sollten, habe ich bereits aufgezeigt. Als Stichworte nenne ich noch einmal die Notwendigkeit einer Denkpause für beide Seiten, die kritische Diskussion über die Formen der Proteste und den Versuch, zwischen der opponierenden Jugend und den Gewerkschaften zu einer gemeinsamen Plattform zu kommen.

Die politische Führung unseres Landes sollte die Jugend- und Studentenunruhen nicht als unliebsame Störung ihrer Alltagstätigkeit empfinden und bekämpfen, sondern als politische Herausforderung begrüßen. So gesehen, ist die bisherige Reaktion der politisch Verantwortlichen unbefriedigend. Wenn man z. B. von der Rede des Innenministers Benda im Bundestag am 30. 4. 1968 ausgeht, so besteht das Konzept der Bundesregierung vor allen Dingen darin, die Polizei besser auszurüsten und auszubilden sowie ihre Organisation zu straffen, damit die Exekutive zukünftig in der Lage ist, weitere Jugend-

und Studentenunruhen effektiver als bisher zu bekämpfen. Dieses Konzept geht am Kern der Dinge vorbei, da es nicht darauf gerichtet ist, die Ursachen der Unruhen zu analysieren und zu beseitigen.

Die politische Führung sollte ein Konzept für eine bessere Gesellschaft entwickeln. Dieses Konzept kann ruhig auch (jetzt noch) utopisch anmutende Elemente enthalten. Utopie darf ja nicht immer mit Flucht aus der Wirklichkeit gleichgesetzt werden. Sie kann auch als Leitschnur und Provokation dienen, die Veränderung der bestehenden, in vielen Punkten unbefriedigenden Wirklichkeit anzustreben.

Die Wortführer der opponierenden Jugend haben vielfach bewiesen, daß sie in der Lage sind, die gesellschaftspolitischen Gegebenheiten der Bundesrepublik gut zu analysieren und transparent zu machen. Davon ausgehend sollten sie jetzt den Entwurf für eine nach ihrer Auffassung vernünftige, soziale und demokratische Gesellschaftsordnung vorlegen. Daran fehlt es bisher. Auch die Vorstellungen von *Rudi Dutschke* über ein „System von direkter Demokratie“, die „Rätedemokratie“, sind unausgegoren. Vor allen Dingen fehlen, und zwar sogar im Ansatz, Überlegungen über die Einleitung und Realisierung eines solchen Systems.

Die verantwortlichen Politiker und die Vertreter der opponierenden Jugend sollten dann über ihre jeweiligen „gesellschaftlichen Entwürfe“ miteinander diskutieren. Das ist natürlich nur dann möglich, wenn man auf beiden Seiten prinzipiell zum Gespräch bereit ist. Pauschalurteile abbaut, politisch differenziert und argumentiert. Fragen der älteren Generation nach den bisher gezeigten Leistungen der Jugend und insbesondere der Studenten sind dabei als Argumente unbrauchbar. Genauso falsch ist die Meinung nicht gerade weniger Vertreter der politisch-engagierten Jugend, Jungsein allein sei schon ein Qualifikationsbeweis und müsse quasi automatisch mit fortschrittlich gleichgesetzt werden. Die Fähigkeit zu progressivem politischen Denken ist keine Generationenfrage. Auf dieser Basis müßten sich die progressiven politischen Kräfte aus beiden Lagern treffen können.

Ich will hier nicht um jeden Preis eine „Gemeinsamkeitsideologie“ zwischen Jung und Alt entwickeln. Andererseits weigere ich mich, als unabänderliche Tatsache anzuerkennen, daß der Demokratieversuch, den wir nach 1945 in diesem Lande gestartet haben, gescheitert ist. Wenn ich von dieser Prämisse ausgehe, bleibt mir gar nichts anderes übrig, als an die progressiven politischen Kräfte in allen Lagern und Altersschichten zu appellieren, sich einer weiteren negativen Entwicklung der Bundesrepublik entgegenzustellen. Wenn die Fähigkeit zu fortschrittlichem Denken keine Altersfrage ist, so dürfen unvermeidliche Generationskonflikte, die ich nicht leugne, bei diesem Kampf für eine bessere Demokratie keine unübersteigbare Schranke bilden; denn das wäre in der jetzigen Situation nicht nur unvernünftig, sondern auch gefährlich.

Was die Gewerkschaft neben der Weiterführung ihrer nüchternen Arbeit in den Tarifkommissionen, in den Betrieben, den Orts- und Bezirksgruppen, in den Leitungen der Industriegewerkschaften und des DGB braucht, ist ein neugewonnenes klares Bild der Gesellschaft und ihrer Lage in ihr, ein reales weitgestecktes Ziel, das nicht nur die Gewerkschaftspolitik umfaßt, sondern aus der Solidarität der Welt gewonnen ist. Ohne die Mühe und Anstrengung geistiger Arbeit ist die bessere Zukunft nicht zu haben. Ohne harte Denkarbeit und diszipliniertes Handeln ist die Welt nicht vor den Katastrophen zu bewahren, die ihr drohen.

Walter Dirks